

BELASTETES OBST, GIFTIGES GEMÜSE

Grenzwerte für Pestizide in Lebensmitteln werden erhöht. Ob spanische Paprika oder türkische Trauben - immer wieder überstiegen Obst und Gemüse die in Deutschland geltenden Belastungsgrenzen. Doch statt solche Lebensmittel besonders streng zu kontrollieren, erhöht die Bundesregierung einfach die Grenzwerte.

Nach einer Untersuchung, die die Umweltorganisation Greenpeace am Dienstag veröffentlicht, wurden in den vergangenen zwei Jahren hunderte Höchstwerte für Pflanzenschutzgifte heraufgesetzt - zu Lasten der Verbraucher.

Pestizide in Trauben und Salat

"Unfassbar ist aus unserer Sicht, dass gerade bei Problemprodukten mit sehr hoher Pestizidbelastung wie Tafeltrauben, Beeren oder Salat, also bei solchen, wo die Pestizidbelastungen am stärksten sind, auch die Grenzwerte am stärksten hoch-gesetzt wurden", kritisiert Manfred Krautter von Greenpeace.

Ein Beispiel: 1999 waren in einem Kilo Äpfel nur 0,01 Milligramm des Pilzbekämpfungsmittels Chlorthalonil erlaubt. Heute ist ein Milligramm, also die hundertfache Menge des Stoffes zulässig, der im Verdacht steht, Krebs zu erzeugen.

Gesundheitlich vertretbar?

Christian Grugel, Präsident des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, verteidigt die neue Festlegung der Grenzwerte: "Ein Hochsetzen von Stoffen ist das Ergebnis einer Diskussion auf europäischer Ebene, wo eben abgewogen wird, ob man auch mit den dann neuen Höchstmengen gesundheitlich noch in einem vertretbaren Bereich liegt."

Die neuen Höchstmengen seien gesundheitlich nicht vertretbar, kritisiert dagegen Greenpeace. Denn die heute zulässigen Giftmengen liegen oft über den Tagesdosen, die das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) festgelegt hat. So liegt der heute legale Wert für Chlorthalonil in Äpfeln um das Fünffache über der Tagesdosis, die das BfR für noch vertretbar hält. "Die Überschreitung der akuten Referenzdosis", so das Bundesinstitut, sei "ein konkretes Indiz für eine mögliche Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit", wobei die so genannte akute Referenzdosis die zulässige Tagesdosis meint.

Gift per Gesetz

Absurd: Die eine staatliche Prüfbehörde, also das Bundesamt für Verbraucherschutz, erlaubt eine Gift-Konzentration, die die andere staatliche Prüfbehörde, also das Bundesinstitut für Risikobewertung, für nicht akzeptabel hält. Doch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit kümmert das offenbar wenig und das zuständige Bundesverbraucherschutzministerium legalisiert ebenfalls die höhere Belastung.

"Auf diese Weise bekommen wir immer mehr Gift auf den Teller, und zwar mit Gesetzesiegel", urteilt Manfred Krautter von Greenpeace. Bundesverbraucherschutzminister Horst Seehofer (CSU) verweist gegenüber Frontal21 auf die Experten der ihm unterstehenden Institute: "In diesen Punkten gibt es keine einzige Entscheidung von mir, wo ich mich über den Rat der Fachleute hinweggesetzt hätte."

Rewe reagiert

Dass der Gesetzgeber Höchstwerte für Giftstoffe in Lebensmitteln zulässt, die das Bundesinstitut für Risikobewertung für bedenklich hält, hat die Handelsketten jedoch zum Umdenken veranlasst. Wolfram Schmuck von der Rewe Group erklärt: "Wir warten jetzt nicht mehr auf politische Entscheidungen, sondern wir handeln selbst. Wir weisen unsere Lieferanten an, dass für uns nur noch Ware geliefert werden darf, die maximal 70 Prozent der gesetzlich verordneten Höchstmengen entspricht, aber auch 70 Prozent der freiwilligen Richtwerte, das heißt der zuträglichen Tagesdosis."

Damit reagiert das Handelsunternehmen auf eine Strafanzeige von Greenpeace. Die Umweltorganisation hatte auch in Rewe-Märkten Paprika und Tafeltrauben entdeckt, die einerseits die Tagesdosen für Pestizide weit überschritten, andererseits aber die neuen gesetzlichen Schadstoffhöchstmengen eingehalten hatten. Das Vertrauen in den Verbraucherschutz kommt durch solche Widersprüche bei den Grenzwerten schnell abhanden.

Quelle: www.zdf.de